

Dringlichkeitsantrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+

Vorlagen Nr.:
A/4/0117

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	15.12.2025

Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: "Beschluss eines Appells an die Bundesregierung zur unverzüglichen Freigabe des Tankers „Eventin“, unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Hinweise des BFH zur Rechtslage"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen appelliert eindringlich an die Bundesregierung - insbesondere an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), **das Bundesfinanzministerium**, die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) sowie das Havariekommando -, die Eventin unverzüglich freizugeben und die fortdauernden Einschränkungen und Auflagen auf Basis der aktuellen höchstrichterlichen Hinweise sofort zu beenden.

Der Kreistag stellt fest, dass die höchstrichterliche Klärung der Rechtslage durch den **BFH** eindeutig signalisiert, dass ein fortgesetztes Festhalten des Schiffes nicht mehr durch die geltenden gesetzlichen Voraussetzungen gedeckt ist. Diese Hinweise verpflichten die Bundesregierung zu einer umgehenden Entscheidung zugunsten der Freigabe.

Der Kreistag fordert darüber hinaus das Land Mecklenburg-Vorpommern auf, seiner Rolle im Aufsichts- und Koordinierungsgefüge gerecht zu werden und aktiv auf eine rasche Klärung durch den Bund hinzuwirken, anstatt sich auf passives Abwarten zu beschränken.

Der Kreistag betont, dass der Landkreis - trotz fehlender unmittelbarer Zuständigkeit für See- und Bundeswasserstraßen - aufgrund seiner Verantwortung für Küstenschutz, Umweltbelange, Tourismuswirtschaft und Katastrophenschutz ein berechtigtes und erhebliches Interesse an einer sofortigen Lösung hat.

Begründung:

1. **Die Dringlichkeit** ergibt sich aus der fortdauernden Untätigkeit der zuständigen Bundesbehörden im Zusammenhang mit dem festliegenden Tanker „Eventin“, obwohl aktuelle höchstrichterliche Hinweise eindeutig aufzeigen, dass das Festhalten des Schiffes nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist und im vorliegenden Fall nicht länger rechtlich tragfähig erscheint.

Aufgrund der erheblichen Risiken für Umwelt, Wirtschaft und Tourismus sowie der politischen Bedeutung für den Landkreis ist eine sofortige Befassung des Kreistages erforderlich.

2. Der Tanker „Eventin“ liegt **seit fast einem Jahr** in der Nähe besonders schützenswerter Küsten- und Boddengebiete des Landkreises Vorpommern-Rügen. Die Situation ist ökologisch sensibel, wirtschaftlich bedeutsam und politisch hochrelevant.

Die jüngsten höchstrichterlichen Hinweise machen klar, dass das fortgesetzte Festhalten des Schiffes rechtlich nicht mehr begründbar ist und verweisen **auf Völkerrecht und Nothafenrecht**.

Eine Beschränkung oder Festsetzung eines Schiffes nur bei einer klar belegbaren und akuten Gefahrenlage zulässig ist - eine Voraussetzung, die die Bundesbehörden bislang nicht ausreichend darlegen konnten.

Die Konsequenz aus dieser Rechtslage kann nur die Freigabe des Schiffes sein.

Die Verzögerung birgt erhebliche Risiken:

- Gefahren für Umwelt und Natur,
- Gefährdung der wirtschaftlichen Interessen des Landkreises, insbesondere im Tourismus,
- Schädigung des Images der Region,
- mögliche Folgekosten, die den Landkreis mittelbar treffen würden.

Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, die juristischen Hinweise nicht zu ignorieren, sondern entsprechend zu handeln.

Gleichzeitig ist die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns in der Pflicht, ihrerseits aktiv und öffentlich auf eine kurzfristige Entscheidung hinzuwirken.

Der Kreistag trägt Verantwortung für die Belange der Menschen im Landkreis und setzt mit diesem Appell ein deutliches politisches Signal an Bund und Land.

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BfS/FDP/VR+